



BUNDESVERBAND DEUTSCHER PFLANZENZÜCHTER E. V.

Presseinformation

Entbürokratisierung ist erfolgreiche Mittelstandspolitik

0,4 Prozent Umsatzanteil für den Züchtungsfortschritt notwendig

Hannover, 14. November 2007 – Neue Pflanzensorten helfen, die Wertschöpfung in der Landwirtschaft zu erhalten und zu steigern. Zur Finanzierung des Züchtungsfortschritts bedarf es des Schutzes geistigen Eigentums. „Die Bundesregierung und besonders Bundeskanzlerin Angela Merkel setzt sich international sehr für die Wahrung geistiger Schutzrechte ein“, erklärte der Geschäftsführer der Nordsaat Saatzucht GmbH, Wolf von Rhade, auf einer Pressekonferenz heute in Hannover. „Konsequenterweise brauchen wir hierzulande ein neues Sortenschutzgesetz, um die bestehenden Lücken zu schließen und die finanziellen Einbußen für den Mittelstand zu stoppen.“

Von Rhade verwies auf die aufwändigen Zuchtprogramme, die über viele Jahre bei ständig steigenden Kosten erarbeitet würden. Dank der Erkenntnisse der Genomforschung könne man zwar immer tiefer in die Pflanze hineinschauen und zielgerichteter züchten. Gleichzeitig würde Züchtung aber auch verwissenschaftlicht und insgesamt kostspieliger. „Vor 10 Jahren hat die Züchtung einer Sorte ca. eine Million Euro gekostet, heute sind es knapp drei Millionen Euro.“

Umgekehrt sei der Beitrag, den der Landwirt für Nachbau zu entrichten habe, vergleichsweise gering. Bei einem Saatgutwechsel von knapp 55 Prozent und einer Getreideanbaufläche von insgesamt sechs Millionen Hektar würden auf ca. drei Millionen Hektar Nachbau betrieben. Bei einer Nachbaugebühr von drei Euro pro Dezitonne müssten die Züchter Einnahmen aus Nachbau von ca. 15 Millionen Euro haben, de facto seien es aber nur vier Millionen Euro. „Anders

ausgedrückt: Ein Landwirt müsste fünf Euro Nachbaugebühr pro Hektar entrichten, um den Züchtungsfortschritt mitzufinanzieren. Das sind bei den derzeitigen Preisen für Konsumgetreide gerade mal 0,4 Prozent seines Umsatzes“, rechnet von Rhade vor. Umgelegt auf die Betriebe in Deutschland fielen in den alten Bundesländern durchschnittlich 51,74 Euro pro Jahr an, in den neuen Bundesländern sind es gemittelte 331,97 Euro. „Über ganz Deutschland ergibt sich somit ein durchschnittlicher Wert von 89,97 Euro pro Betrieb und Jahr“, veranschaulicht von Rhade. Mit zu berücksichtigen sei, dass die Landwirte beispielsweise durch verbesserte Resistenzeigenschaften merklich an sonstigen Betriebsmitteln wie Dünge- und Pflanzenschutzmitteln einsparen.

Die mittelständischen Züchter seien laut von Rhade von sinkenden Nachbaugebühren besonders betroffen. „Wir haben nicht die Möglichkeit der Querfinanzierung etwa aus dem Chemiegeschäft wie sie internationale Konzerne nutzen können.“ So erkläre sich auch das dramatische Verschwinden von Züchtungsbetrieben. Im Jahr 1957 gab es 90 Züchter, die Getreide und Kartoffeln bearbeiteten. 2007 existieren davon noch rund 20 Unternehmen, also rund ein Fünftel. Seither seien noch rund 10 neu gegründete oder nicht-deutsche Unternehmen hinzugekommen. „Diese Entwicklung ist irreversibel und führt geradewegs in eine Situation, wie sie gestern Bundesminister Seehofer für den Strommarkt beschrieben habe: Dass nämlich eine Handvoll Konzerne Markt und Preise bestimmt“, sagte von Rhade. Das aber solle in der Züchtung nicht passieren, wie berufständische Vertreter der Landwirtschaft immer wieder unterstreichen würden.

Wolle man eine derartige Abhängigkeit vermeiden, müsse zwingend eine neue Nachbauregelung auf den Weg gebracht werden. Nur dann könnten moderne Pflanzensorten als Basis für Wettbewerbsfähigkeit, ausreichende und gesunde Nahrungsmittel, für nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien gezüchtet werden. Von Rhade sagte Bundesminister Horst Seehofer daher die volle Unterstützung der Pflanzenzüchter für den vorgelegten Gesetzentwurf zu: „Es geht nicht darum, Pfründe zu verteilen. Alles, was wir von der Politik wollen, ist ein lebbarer, ordnungspolitischer Rahmen. Dem Wettbewerb stellen wir Züchter uns selbst.“

Info:

Wolf von Rhade ist Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes Deutscher Pflanzenzüchter e.V., Vorsitzender der Abteilung Getreide sowie der Arbeitsgruppe Nachbau.

Die Nordsaat Saatzucht GmbH wurde 1910 von Karl von Schultz in Granskevitz auf der Insel Rügen gegründet. Nach dem 2. Weltkrieg erfolgte die Wiedersiedlung in Waterneverstorf in Schleswig-Holstein durch Margarete von Schultz, der Ehefrau des Firmengründers. 1965 war die Nordsaat Gründungsmitglied der Saaten-Union. Nach der Wiedervereinigung wurde im Jahr 1991 der Gründungsbetrieb in Granskevitz wieder erworben und der Geschäftssitz nach Langenstein/Böhnshausen in Sachsen-Anhalt verlagert. Das Unternehmen beschäftigt 103 Mitarbeiter, davon 54 in Böhnshausen. Züchtungsschwerpunkte sind Winterweizen, Hybridweizen, Triticale und Sommergerste. Die Sorten werden unter Anwendung modernster Technologien für den europäischen und internationalen Markt gezüchtet.

Ansprechpartnerin: Ulrike Jungmann
Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V.
Kaufmannstraße 71-73, 53115 Bonn
Tel. 02 28/9 85 81-17, Fax -19,
ujungmann@bdp-online.de